

Die **Platypus Review**

deutschsprachige Ausgabe

Ausgabe #34 | November/Dezember 2024



1 Was waren die Antideutschen? (Teil 1)

Eine Podiumsdiskussion mit Jan Kalk, Jan Sander, Justus Wertmüller und Detlef zum Winkel

11 Die Leistungen der „Antideutschen“

Gerhard Hanloser

www:

Demokratische Arbeitszeitrechnung im und für das 21. Jahrhundert

Ein Interview mit der Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung (IDA) aus Berlin über die Geschichte der Rätebewegung, basisdemokratisches Wirtschaften und konkrete Utopien

www.platypus1917.org/category/ausgabe-

34

Was waren die Antideutschen? (Teil 1)

von Jan Kalk, Jan Sander, Justus Wertmüller und Detlef zum Winkel

Am 2. August 2024 veranstaltete die Platypus Affiliated Society eine Podiumsdiskussion mit Detlef zum Winkel (Autor), Justus Wertmüller (Redaktion Bahamas), Jan Sander (Platypus Affiliated Society) und Jan Kalk (Gesellschaft für kritische Bildung) an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema: Was waren die Antideutschen?

Es folgt ein editiertes und gekürztes Transkript der Veranstaltung, die unter <https://www.youtube.com/watch?v=sPbT71IElw> vollständig angehört werden kann. Aufgrund der beschränkten Zeichenzahl der deutschsprachigen Platypus Review in Print wird das Transkript dort in zwei Teilen veröffentlicht. Im Folgenden wird der erste Teil mit den Eingangsstatements und der anschließenden Antwortrunde der Diskutanten zu lesen sein. Der zweite Teil des Transkript enthält die Fragerunde, erscheint in der Ausgabe 35 der deutschsprachigen Platypus Review (Januar/Februar 2025) und ist einstweilen online unter https://platypus1917.org/2024/11/03/was_waren_die_antideutschen/nachzulesen.



Editorische Anmerkungen sind durch eckige Klammern gekennzeichnet. Zwischenrufe aus dem Publikum sind durch Kursivsetzung und eckige Klammern gekennzeichnet.

Beschreibung

Nachdem in den 80er-Jahren die sogenannten K-Gruppen zerfallen waren und Die Grünen sich als parlamentarische Partei etabliert hatten, wurde die Linke in der BRD und der DDR von der „Deutschen Wiedervereinigung“ 1989/90 überrascht. Vor diesem Hintergrund erschien der Zusammenbruch der Sowjetunion und des „real existierenden Sozialismus“ auf eine spezifische Weise. Die deutsche Linke thematisierte die Gefahr eines möglichen ‚Vierten Reichs‘ und fragte, welche Bedeutung Begriffe der Alten und Neuen Linken in dieser Situation hatten: Kommunismus, Kapitalismus, Antifaschismus und Antiimperialismus. Retrospektiv betrachtet erscheint „Solidarität mit Israel“ als das einzige einheitlich kennzeichnende Merkmal dieser Bewegung, die sich lokal auf Deutschland und Österreich beschränkte. Als die Platypus Affiliated Society im Oktober 2010 Joachim Bruhns „Kommunismus und Israel“ in englischer Sprache international publizierte, kam bei Lesern, die nicht aus Deutschland stammten die Frage auf: „Was hat das mit der Linken zu tun?“

Was war das Verhältnis der Antideutschen zum Rest der deutschen Linken? Was waren wichtige politische

Wendepunkte innerhalb der letzten 20 Jahre, durch die sich der Begriff „antideutsch“ entwickelt und verändert hat? Was war die politische Situation in Deutschland und der Welt, als die Antideutschen entstanden? Was ist das politische Erbe der antideutschen Bewegung in den 2020ern, in Deutschland und international?

Eingangsstatements

Detlef zum Winkel: Die Antideutschen bildeten in der Bundesrepublik die einzige offen auftretende Opposition gegen die deutsche Einheit 1989/90. Der Grund war nicht etwa Frustration darüber, dass sich der Kapitalismus ein weiteres mehr oder weniger sozialistisches Land einverleiben würde. Nein, der Grund waren die nationalistischen Exzesse, die diesen Prozess von Anfang an begleiteten und sich von Woche zu Woche steigerten, weil niemand ihnen Einhalt gebot – keine Regierung, kein Parlament, kein Präsident, keine Justiz und keine Medien.

Die Ereignisse, die uns die Augen öffneten, lassen sich am Beispiel der Leipziger Montagsdemonstrationen am anschaulichsten beschreiben. Das waren anfangs demokratische Manifestationen. Sie forderten Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, den Schutz der Privatsphäre vor staatlicher Willkür. Es war nicht nur sympathisch, es war irgendwie auch überfällig für die DDR. Etwas Neues, Hoffnungsvolles. Ein großer Fortschritt.

Die Ernüchterung folgte prompt, quasi über Nacht. Von einem Montag auf den nächsten änderte die Demonstration ihre Botschaft: Aus „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“. Dazu ein schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer, das es in den Wochen zuvor nicht gegeben hatte. Das Phänomen einer solchen überraschenden Kehrtwende ist nicht völlig einzigartig auf der Welt. In Kiew, auf dem Maidan, übernahm plötzlich der Rechte Sektor die Kontrolle. In Kairo, während des Arabischen Frühlings, kaperten die Muslimbrüder den besetzten Tahrir-Platz. Immer ohne Ankündigung, immer mit einem plötzlichen Coup.

Das Besondere in Leipzig lag darin, dass dieser Coup nicht diskutiert, ja nicht einmal als solcher wahrgenommen wurde. Niemand fragte: Wer war das? Wo kamen die ganzen Fahnen her? Sind wir unterwandert worden? Solche Fragen ließen die Initiatoren und Aktivist*innen von Leipzig gar nicht erst an sich heran. Darin liegt das Problem. „Wir sind ein Volk“ erschien daher als logische Fortsetzung des Vorherigen, als etwas, das alle eigentlich von Anfang an gemeint hatten: Das Volk. Ein Volk. Hauptsache Volk. Wer wird da kleinlich sein?

Aber für uns war es eine völkische Wende, die eine Dynamik freisetzte, welche bis heute anhält. Wenn man für alle Probleme, die in der DDR erdrückend, aber auch in der Bundesrepublik vorhanden waren, eine nationale Lösung anbietet, dann merkt man schnell, dass sie sich auf diese Weise nicht bewältigen lassen. Auch der Nationalist merkt das, aber er ist nicht imstande, seinen Irrtum einzugestehen. Im Gegenteil: Jetzt müssen Schuldige gesucht werden. Ein Feind muss her. Und sie finden sich dann bei denjenigen, die nicht zum Volk gehören: Migrantinnen und Migranten, die Multikultur, ominöse Drahtzieher von der Wall Street, die eine Umvolkung organisieren. Das lässt sich heute bei Höcke, Kubitschek, Elsässer, Sellner nachlesen oder eben gleich bei Adolf Hitler.

Einmal mehr bestätigte sich die Anfälligkeit des Volksbegriffs für rechtes Denken und leider auch die Anfälligkeit des Volkes selbst. An diesem Punkt teilten sich die Wege der Linken. Die einen versuchten, weiter auf der Welle der friedlichen Revolution mitzureiten, obwohl diese ihre Richtung geändert hatte. Die radikalen Linken hingegen verweigerten sich der Einheitseuphorie. Sie warnten vor einem Vierten Reich. „Das Scheitern des Sozialismus und der Zerfall der Sowjetunion förderten einen imperialistischen Größenwahn“, hieß es in einer auf dem ersten Kongress der radikalen Linken verabschiedeten Resolution. Die Bonner Regierenden würden sich bereits als die Herren von morgen aufführen. Im Rückblick finde ich das ziemlich treffend.

Für die Rechten in Ost und West konnten Gegner der Wiedervereinigung nur Gegner Deutschlands sein, also wurden wir von ihnen als antideutsch gebrandmarkt. Wohlgermerkt: von rechts. Ich weiß nicht, wer die Vokabel zuerst in den Ring geworfen hat. Wir selber waren es jedenfalls nicht. Aber wir nahmen den Titel an. Schön, dann sind wir eben antideutsch. Jeder wird schon verstehen, was gemeint ist. Später gab es ein paar Versuche, dem Begriff theoretische Weihen zu verleihen. Sowas kann eigentlich nur in die Irre führen, wenn man seine Entstehungsgeschichte bedenkt.

Der nächste Meilenstein, der die Antideutschen prägen sollte – siehe Frage zwei – war der Golfkrieg 1990/91. Der Irak hatte das kleine, aber reiche Nachbarland Kuwait überfallen und okkupiert. Dagegen initiierten die USA und Saudi-Arabien eine westliche Militärkoalition. Der damalige Präsident des Iraks, Saddam Hussein, wollte in klassisch antisemitischer Manier Israel dafür bestrafen, wenn der Irak angegriffen werde. Einige palästinensische Organisationen brachten ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck. Inzwischen sind sie zum Iran übergelaufen. Israel war an jenem Konflikt freilich gar nicht beteiligt. Konkret-Herausgeber Hermann Grem-liza kommentierte: „In diesem Fall hätten die Falschen, nämlich die USA, mit unlauteren Absichten ausnahmsweise das Richtige getan.“ Andere Linke widersprachen heftig und deuteten den Krieg nach antiimperialistischen

Erklärungsmustern. Hier gehe es doch nur um die weltweite Kontrolle des Ölhandels.

An dieser Auseinandersetzung zerfiel die radikale Linke, kaum dass sie sich gefunden hatte. Aber die verbleibenden Antideutschen lernten, den Staat Israel anders zu behandeln, als es zuvor üblich war, und sich für sein Existenzrecht aktiv zu engagieren, anstatt es bei gelegentlichen alibihaften Lippenbekenntnissen zu belassen. Diese Einstellung haben wir bis heute beibehalten und das ist umso wichtiger in einer Zeit, in der antisemitische Ressentiments in der nationalen und internationalen Linken immer stärker werden. Weil die Antideutschen mit dieser israelfreundlichen Haltung – andere sagen, mit dieser prozionistischen Einstellung – ein Alleinstellungsmerkmal in der Linken besitzen, mag es so scheinen, als ob von ihrem ursprünglichen Ansatz nur noch die Israelsolidarität übrig geblieben sei.

Um diese These abzuwägen, möchte ich auf einen grandiosen Artikel verweisen, der im November 1982 in der New York Times und im Januar 1993 in Konkret auf Deutsch erschienen ist. Damit sollte sich dann auch die Frage vier beantworten. Angesichts rassistischer Aufmärsche und Gewalttaten registrierte der Autor Abraham Rosenthal ein „Erstarken des Nazismus in Deutschland“, wobei er dafür plädierte, endlich mit dem Gerede von Neonazis oder Rechtsradikalen aufzuhören:

Sie und wir wissen ganz genau, wer sie sind. Und die Deutschen, die ihnen Beifall klatschen, wissen es auch. Die Angriffe auf Ausländer, besonders solche mit dunkler Hautfarbe, sind keine plötzlichen Gewaltausbrüche. Sie gehören ebenso zur Strategie der Nazis wie damals die ersten Angriffe auf die Juden.¹

Weiter schrieb Rosenthal, dies führe zu spiegelbildlich nazistischen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa: „So war es in den 30er- und 40er-Jahren, und so lässt es sich auch heute in Ungarn, Rumänien, Russland und den Balkanländern beobachten.“²

Seit 2022 gehört eindeutig Russland auf Platz eins dieser Liste, und eine erschreckende Menge weiterer Länder müsste hinzugefügt werden: Polen, die Slowakei, Tschechien, Österreich, Italien, die Niederlande, Schweden und Frankreich. Bei der Ukraine zögere ich allerdings, eher aus Rücksichtnahme denn aus Überzeugung.

Schonungslos konstatierte Rosenthal: „Deutschlands Krise ist auch unsere Krise. Das haben wir von Hitler gelernt. Aber der Westen verharrt tatenlos. Die Initiative wird ausschließlich der deutschen Regierung überlassen, und diese hat in der Abwehr der Bedrohung völlig versagt.“³ Ich darf wiederholen: völlig versagt! Das konnten scharfsinnige Beobachter vor mehr als 30 Jahren feststellen. Heute haben wir den Schlamassel.

Nun zur Pointe dieses Textes aus heutiger Sicht: Die Beschreibung der gesellschaftlichen Phänomene, die Rosenthal für Deutschland so luzide vorgenommen hat, trifft im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts auch auf sein eigenes Land zu. Das konnte er sich nicht vorstellen und niemand von uns konnte sich das vor 30 Jahren vorstellen. Am 5. November wird in den USA eine Wahl von historischer Tragweite stattfinden. Das Ergebnis wird entweder eine Unmenge Benzin in die nationalistischen Brände der ganzen Welt schütten oder uns vielleicht eine Atempause verschaffen. Mir graut vor Leuten, die von der NSDAP lernen wollen, wie man Amerika wieder groß macht.

Die Krise der USA ist auch unsere Krise. Muss ich noch mehr über das Erbe oder die Aktualität der Antideutschen sagen? Antideutsch ist für mich konsequenter Antifaschismus, der sich auch von Appellen an die Volksgemeinschaft oder an die Nation nicht weichklopfen lässt. Auch das Umgekehrte gilt: Wie jede Antifa-Initiative erfährt, wenn sie einmal einen wunden Punkt in ihrer Gemeinde aufgedeckt hat – zack, schon sind sie antideutsch.

Jan Kalk: . Die Frage: „Was waren die Antideutschen?“, die vielleicht besser heißen könnte: „Wer waren die Antideutschen?“ – denn anders als ein „Gemenge von Einzelpersonen“ (Dahlmann) sind die Antideutschen nie gewesen –, wiederholt erneut das Postulat vom Tod der Bewegung.⁴ Dass dieser dieses Mal endgültig sein könnte, legte Jan Gerber in seinem Nachruf „Die Antideutschen“ in der jüngsten Bahamas nahe: „Spätestens nach dem palästinensischen Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 wurde [...] klar [...]: Die Bewegung, die nie eine Bewegung sein wollte, existiert nicht mehr.“⁵ Ein „Epitaph auf die antideutsche Bewegung“ wurde aber bereits 2010 von Lars Quadfasel auf einer „Konferenz zum Stand der Kritik“ mit dem Titel „Auf einer Skala von eins bis zehn: Wie scheiße ist Deutschland?“ gehalten, also kurz nachdem ich überhaupt mit der Szene in Berührung gekommen bin. Im Ankündigungstext stellte man 20 Jahre nach dem Fall der Mauer fest, dass „antideutsch“ – auch durch Egotronic – schick geworden ist und nun Israelbuttons statt Palitücher das Bild der autonomen Szene bestimmen, die „kommunistische Kritik an Deutschland“ und damit auch die Frage, „Was deutsch ist“, hierbei aber in den Hintergrund getreten sind.⁶ Auch wenn der antideutschen Kritik als Fortsetzung der Kritischen Theorie nichts lieber sein kann als ihr Überflüssigwerden, war man dennoch besorgt, dass die Kritik hier ihren Gegenstand verloren habe.

Thesen vom „deutsch-nationalen Taumel“, oder die Angst vor dem Entstehen eines „neue[n] deutsche[n] imperialistische[n] Koloß[es]“,⁷ wie sie 1990 von der radikalen Linken verlautet wurden, hatten sich blamiert, auch wenn derzeit Max Czolleck das „Demo-Memo“ der iz3w mit dem bekannten Spruch „Nie wieder Deutschland!“ bewirbt, um zu verdeutlichen, dass die AfD mit der Wiedervereinigung „wieder möglich geworden ist“.⁸ In Auseinandersetzung mit der antinationalen Linken kam die Frage nach dem

Sonderweg Deutschlands wieder auf und entsprechend fragte man: „Haben wir es hier mit Aspekten nationalsozialistischer Kontinuitäten im Postnazismus oder mit der allgemeinen Logik von Staat, Nation und Kapital, mithin keiner ‚deutschen Besonderheit‘, zu tun?“⁹

Sonja Witte, Clemens Nachtmann und Joachim Bruhn richteten sich in ihren Beiträgen wesentlich gegen diese Vorstellung eines Sonderwegs, der es erlaubte, zwischen den „allgemeinen Erkenntnissen der Kritik der Politischen Ökonomie“, die man sich beispielsweise in einem Kapitallesekreis angeeignet hatte, und dem sich dann noch dazu addierenden deutschen Wesen zu unterscheiden. Der wesentlich von Clemens Nachtmann geprägte Begriff des Postnazismus sollte die bundesdeutsche Gesellschaft mit „ihrer barbarischen Geschäftsgrundlage konfrontier[en]“, ohne ihren geschickten Wandel zu übersehen und hierbei dafür sorgen, dass man der auf Faschisierungsdebatten folgenden Normalisierungsdiskussion oder dem Sektierertum entging.¹⁰

Die Originalität des antideutschen Materialismus, wie er vor allem von Joachim Bruhn, Clemens Nachtmann und Uli Krug formuliert wurde, besteht gerade in der Zuspitzung wie auch dem nahezu orthodoxen Verhältnis zur marxischen Kritik und der an dieser anknüpfenden kritischen Theorie. Er nimmt hierbei die Frage ernst, „wie die [...] in der Hoffnung auf die realen Möglichkeiten eines befreienden Geschichtsverlaufs hin durchgeführte marxische Kritik angesichts des im 20. Jahrhunderts erfolgten geschichtlichen Umschlags in die Barbarei überhaupt noch möglich sei.“¹¹

Im Wissen, dass man „nicht die Wahl hat, ob man Geschichtsphilosophie betreibt oder nicht, sondern nur die Wahl zwischen einer schlechten oder reflektierten Variante derselben“, wurden die marxischen Begriffe, seine Geschichts- und Revolutionstheorie mit der Gegenwart der postnazistischen Verhältnisse und der ihr vorausgegangenen Geschichte konfrontiert.¹² Hierbei konnte man sich neben den Schriften von Adorno und Horkheimer auch auf Wolfgang Pohrt beziehen, dem dieser Materialismus alles zu verdanken hat. Mit Pohrt sei an die marxische Formulierung erinnert, nach der der Schlüssel zur Anatomie des Affen die Anatomie des Menschen sei, dass folglich „der Ursprung und der Verlauf der Geschichte [...] immer durch ihr gegenwärtiges Resultat vermittelt“ sind.¹³

Während Marx folglich noch unter Annahme eines von ihm herbeisynthetisierten Proletariats seine *Kritik der politischen Ökonomie* als Einheit von Gesellschaftskritik und Revolutionstheorie formulieren konnte, ist diese nun zerfallen. Rückblickend zeigt sich die von Marx angedeutete „Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise“,¹⁴ zu der Aktienkapital und Trusts führten, nicht als Vorbote der Befreiung, sondern der nationalsozialistischen Krisenlösung, von der Marx noch keinen

Begriff haben konnte. Der Nationalsozialismus, der eine Krisenlösung versprach, ohne die gesellschaftliche Grundstruktur anzugreifen, etablierte die Volksgemeinschaft als – wie es Marcuse in seinem Liberalismus-Text formulierte – „klassenlose Gesellschaft auf Basis und im Rahmen der bestehenden Klassengesellschaft.“¹⁵ Oder wie es Joachim Bruhn formulierte, ist es die Massenvernichtung der europäischen Juden als „das kollektive und klassenübergreifende Geschichtsverbrechen, das den Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit definitiv zum systemimmanenten Motor der Akkumulation transformiert.“¹⁶ Mit der Abdichtung des Kapitals gegen seine revolutionäre Aufhebung durch regressive Krisenlösung, die im antisemitischen Morden kulminierte, verschwindet auch die Vernunft aus der Geschichte. Auch wenn der antideutsche Materialismus durch die Hoffnung auf Befreiung geleitet ist, muss er eingestehen, dass dieser nichts in den Verhältnissen entgegenkommt. Die in der Ecke stehende rote Fahne auf dem Cover des *Konzept Materialismus* der Initiative Sozialistisches Forum drückt eben dies aus.¹⁷ Entsprechend sind es oft Zufälle, die noch radikale Kritik, trotz der sich gegen sie verhärteten Verhältnisse, ermöglichen, oder wie es Clemens Nachtmann formulierte: Es ist

derjenige, der an der trügerischen Welt des schönen Scheins nur allzusehr hängt, aber in dem Maße, wie er sich ins Unmittelbare versenkt, zwangsläufig die falsche Gesellschaft auftrifft und sich aus einer idiosynkratischen Kränkung, aus einer letztlich unbegründbaren Entscheidung herausgefordert sieht, es mit der Gesellschaft aufzunehmen.¹⁸

Kritik wird hierbei zum Abwehrkampf, zum Eintritt für die prekären Formen bürgerlicher Vermittlung, die vom immer noch andauernden antibürgerlichen Kampf gegen den Liberalismus weiterhin angegriffen werden, und zum Eintreten für Israel.

Damit richtet sie sich wesentlich gegen die gegenwärtigen Formen der „subjektiven Entsubjektivierung“¹⁹ und der „selbstdestruktiven Tendenzen der nachbürgerlichen Gesellschaft“, die mit dem Begriff des Postnazismus gefasst wurden. Dieser hat sich jedoch, worauf auch Clemens Nachtmann hinwies, universalisiert. Der gegenwärtige Post-Heideggerianismus der Postmoderne, „die postkoloniale Gegenrevolution gegen Israel“ und die Selbstaufgabe des Westens verdeutlichen, dass der Gegenstand der Kritik sich nahezu totalisiert hat.²⁰

Justus Wertmüller: Am Samstag, dem 27. Juli 2024, haben sich zunächst in Neukölln und schließlich in Kreuzberg gut 8.000 Menschen an einer Demonstration beteiligt, die jedenfalls für Deutschland ein Novum war. In der Nachfolge des Alternativen CSD-Tages nannte sich das Beginnen Internationalist Queer Pride Berlin und stellte sich im Zeichen der Melone hinter den „antikolonialen, antirassistischen, antikapitalistischen Freiheitskampf“ und bekräftigte: „Niemand von uns ist frei, bis alle von

uns frei sind“. Damit auch jeder weiß, worum es geht, präsentierten sie auf dem offiziellen Einladungsplakat unter den grün gezeichneten Melonenkernen – nein, die waren, glaube ich, braun – einen Melonenkern in grün und in den Umrissen Israels; das ist ein Straftatbestand.²¹ Bei den Teilnehmern war das Palästinensertuch omnipräsent, mindestens jeder Vierte hatte eins dabei, die anderen hielten es mit Melonensymbolik.

Am frühen Abend des gleichen 27. Juli 2024, als sich diese Personen in Kreuzberg und Neukölln ans „Chillen“ machten, schlugen Raketen der Hisbollah auf dem Fußballplatz der von Drusen bewohnten israelischen Kleinstadt Madschdal Schams im Golan ein. Es starben 12 Kinder und Jugendliche. Zusammengefasst: Am 27. Juli 2024 fand nicht nur die größte offen antisemitische Demonstration in Deutschland nach 1945 statt. An diesem 27. Juli hat sich die deutsche Linke, nicht nur in Neukölln und Kreuzberg, sondern in toto, mit der Hisbollah solidarisiert und den intendierten Holocaust an israelischen Bürgern teils billigend, teils mit Befriedigung aufgenommen. Wohl gemerkt: Jubelpalästinenser arabischer oder türkischer Herkunft waren auf der Demonstration nicht anzutreffen – war ja ein bisschen schwul und lesbisch, was? –, Linke aus westlichen Ländern waren ganz unter sich – über 8.000 – in Berlin.

Für die Inhalte und Parolen solcher Umzüge zeichnet längst der kalifornische Campus verantwortlich, der im Wesentlichen antiimperialistisch und schon deshalb zwingend antisemitisch inspiriert ist. Auch wenn die zahlreichen Expats am Samstag letzter Woche womöglich die Mehrheit der zur Demonstration Mobilisierten stellten – man hat sehr viel Englisch gehört –: Den am vergangenen Samstag zur Schau getragenen eliminatorischen Antisemitismus hätte jeder, aber vor allem jene, die sich links nennen, so laut es geht, zu denunzieren gehabt. Dieses und viele kleinere Ereignisse der letzten zehn Monate werden aber beschwiegen oder im Zeichen des „Rassismus“ genannten Hauptübels, das man zu bekämpfen habe, kleingeredet. Die der Queer-Szene Verbundenen haben von Beginn an den Blutausch der Täter vom 7. Oktober 2023 in aller Geilheit sich zu eigen gemacht, machten Massenmord zum Sportevent mit Paragliding und Motocross und vor allem: Sie schmelzen einfach dahin angesichts des verzückten Schimmerns in den Augen der meistens sehr jungen Täter dort und stellvertretend hier in den einschlägigen Kiezen der von Rassismus schwer betroffenen Brüder – Erotik und Massenmord. Queer Pride ist der Ausdruck dessen, wozu die Linke sehr folgerichtig verkommen ist: Sie will den zweiten Holocaust und empfindet den 7. Oktober sehr körperlich – gar sinnlich – nach. Guckt sie euch an.

Wo linke Politik praktisch wurde, entstanden Killing Fields: in der Sowjetunion, in China, in Kambodscha, in Nordkorea. Und dort, wo angeblich das Volk sich im antikolonialen Kampf befreit hatte, waren die Massaker der Befreiung an der Tagesordnung: in Algerien, Pakistan,

Nigeria, Kongo, Vietnam und so weiter. Antikolonialismus lehrte die Linke verstehen, dass nunmehr statt in Klassen- in Rassenkategorien zu denken sei, wie es in Sartres blutrünstigem Vorwort zu Frantz Fanons blutrünstigem Buch *Die Verdammten dieser Erde* von 1961 exemplarisch propagiert wird. So etwas wird heute noch zustimmend gelesen und nicht ähnlich wie *Mein Kampf*. Der maßlose Anspruch, den Weltgeist zu repräsentieren und deshalb berufen zu sein, das Ziel der Geschichte zu vollstrecken, hat die revolutionäre, radikale Linke nie losgelassen.

Die Blutspur dieses Beginns setzte mit der Leugnung ein, dass Lenin und seine Leute schon deshalb eine Verbrecherbande waren, weil sie von Anfang an, 1917, auf den Bürgerkrieg setzten, der den tödlichen Hass von tausend Jahren Knechtschaft freisetzte und schließlich die disziplinierteste und skrupelloseste Truppe im zugrunde gerichteten Land als Sieger zurücklassen würde. Seit dem Roten Oktober ging es um die Eroberung der Macht im Staat, die Zentralisierung der Macht nach dem Sieg und die Etablierung einer Erziehungsdiktatur, die kein Entrinnen für die ihr Unterworfenen mehr lassen sollte. Staatskritik, also die Mahnung, dass der Staat des Kapitals das Verhängnis kapitalistischer Vergesellschaftung besiegeln könnte, war es nicht, was radikale Linke bewegte oder bewegt. Es war immer nackte, primitive Staatsfeindlichkeit, die sich, als die Hoffnungen auf einen proletarisch genannten Putsch sich endgültig zerschlagen hatten, aufs Zündeln verlegte und ideologisch darüber wachte, dass da keiner ausschert und weiterhin wacht. Die Drecksarbeit machen die Dreckskerle zum Beispiel in den französischen Banlieues. Die zumeist akademisch gebildete Linke sichert ihnen ideologisch ein ruhiges Hinterland und nennt sie, diese antisemitischen Mörder, am Ende gar Opfer.

Außer den Postkolonialen, für die die Queer Pride steht, gibt es gar keine Linke mehr. Die radikale Linke früherer Jahre ist an der Macht – ein paar Wandlungen in der Biographie waren locker zu machen –, und zwar nicht nur in der aktuellen Bundesregierung, sondern überall dort, wo es gilt, zu verharmlosen, zu beschwichtigen und zu verängstigen. Man will das eigene Scheitern bei der Einrichtung einer wenigstens keynesianischen Welt verschwinden lassen in peinlichen Erziehungsdoktrinen, gepaart mit Panikmache wegen des Klimas, der Bedrohung von rechts und eines dringend zu brechenden rassistischen Konsenses, der so lange behauptet wird, bis endlich mal ein paar Leute einsehen, dass es ihn eventuell gar nicht gibt.

Die Umerziehungslager in der staatskommunistischen Praxis sind aus den Köpfen nie ganz verschwunden, nur dass es heute nicht mehr den Anhängern der besiegten Regime an den Kragen gehen soll, sondern ganz konsequent dem Teil der Bevölkerung, der sich immer noch jenseits des Staatssektors durchzubringen versucht und nicht so richtig mittun will. Diese Leute, die zu einem bedeutenden Teil der AfD und dem Bündnis Sahra Wagen-

knecht zuneigen, stehen unter Generalverdacht. Sie, die häufig pöbelhaft gegen die besonders an sie gerichtete Bevormundung auftreten, erfahren die Krise anders als das linke Staatspersonal – alle Linken hängen am Staat, nicht nur in den Parlamenten und bei den Grünen –, von dem sie so verachtet werden. Während die einen, also die Linken, sich für den ungebrochenen, schuldenfinanzierten Ausbau ihres Arbeitgebers, des Staates, stark machen und doch ahnen, dass ihnen die schmale Bezahlung, die sie mit ihren Coaching-Projekten zur Stärkung der Demokratie noch einheimen, schon bald wegbrechen könnte, imaginieren die anderen sich als radikale Systemgegner. Recht haben die Scheinrebelln von angeblich rechts nur dort, wo sie sich hineingezogen sehen in einen Strudel des Untergangs, unrecht dort, wo sie so tun, als ob sie einen anderen Staat herbeisehnten. Anders als ihre Feinde von links gerieren sie sich dort als Freunde des Untergangs, wo sie dem Staat abverlangen, er möge die Ukraine Russland opfern. Aber ganz genau wie ihre Feinde liefern sie, bei aller bei ihnen teilweise noch vorhandener Sympathie für Israel – die gibt es da nämlich teilweise noch, bei Linken sicher nicht –, den jüdischen Staat seinen Henkern aus, wenn sie darauf bestehen – und das tun sie alle –, dass Deutschland sich nicht in den jüngsten Nahost-Konflikt hineinziehen lassen dürfe. Nur: Diese Aufgeregten sind die Einzigen, die auch aus gemachter Erfahrung benennen, was sonst unter Tabu steht: dass die Gesellschaft vor dem Bandenkrieg um Ehre und Beute der selbstredend rassistisch Verfolgten mindestens teilweise schon kapituliert hat.

Von der Idee einer selbstbewussten Nation halten die beiden so verfeindeten Teile dieser Gesellschaft nichts. Die beiden großen europäischen Nationen stehen vor dem ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenbruch. JD Vance, Lieblingsfeind der Deutschen, seit er Running Mate ist, sagte jüngst:

Und ich habe darüber gesprochen, welches das erste wirklich islamistische Land ist, das eine Atomwaffe bekommen wird. Und wir dachten, vielleicht ist es der Iran, vielleicht zählt Pakistan schon irgendwie dazu. Und dann haben wir schließlich entschieden, dass es vielleicht tatsächlich Großbritannien ist, da Labour gerade die Regierung übernommen hat.²²

Und er hat recht, mit dem Unterschied, dass es unredlich wäre, die Schuld für die ungebremste Islamisierung in Großbritannien allein Labour zuzuschreiben – das sind schon alle.

Praktisch sollte es um die Nation gehen, und zwar um jene Vorstellung von der Nation, die einmal mit den Namen Großbritannien und Frankreich verbunden war und heute, wie bizarr auch immer, nur noch in den USA nicht gänzlich verschwunden ist. Zu fordern wäre eine Gesellschaft, die in genau definierten Grenzen – Grenzen! – versucht, ihre Geschicke selbstbewusst zu meistern, die sich zu ihrem Schutz den staatlichen Rahmen gibt, der

militärisch für die Sicherheit nach außen sorgt *und – und!* – ein Grenzregime unterhält, um selber bestimmen zu können, wer hineinkommt und wer nicht. Dazu gehört, wo nötig, durchaus auch eine Politik der Strafzölle gegen die Okkupanten des Weltmarkts.

Die Nation ist im Zeichen der Krise genauso fragwürdig wie Zollgrenzen, sie könnte aber in Zeiten, in denen die feindliche Übernahme durch islamische Minderheiten bzw. die Unterwerfung unter das Diktat totalitärer Mächte droht – Russland, China – das Schlimmste verhindern. Das verweist auf die Gegennation Israel, die ein Staatsvolk repräsentiert, das sich nach völkischen und religiösen Kriterien nicht definieren lässt und dennoch jüdisch ist; die aus dem Unheil der revolutionären Phase nach 1917 entstehen musste, wollte man als Jude überleben; eine Nation schließlich, die eine Antwort auf das Scheitern der Revolution genauso wie des Nationalstaats in seiner Krise ist; mithin ist die Nation Israel auch der Leuchtturm für etwas, das einmal auch anderswo sich etablieren könnte: eine befreite Nation.

Zur Hauptfrage: Was antideutsch ist, bestimmen die anderen. Auf die Bahamas bezogen wird man festhalten können, dass diese Zeitschrift als ein Unternehmen wahrgenommen wird, das nicht etwa differenzierte Kritik an „allen Formen des Antisemitismus und ähnlicher gruppenbezogener Feindseligkeit“ leiste, sondern in nötigendem Ton zur bedingungslosen Solidarität – ja, zur bedingungslosen Solidarität – mit Israel aufrufe und weder ein deutsches noch europäisches noch postkolonial begründetes Recht auf Israelkritik anerkenne. Das trifft auch zu. Insofern war ich natürlich immer ein Antideutscher. Für Israel, statt nur allein als Zeitschrift, zusammen mit möglichst vielen anderen zu kämpfen – da wäre ich gerne dabei. Aber nur unter der Bedingung, dass die Fellow Travelers des queeren Mordkommandos, die ihrerseits auf ihren Demo-Lappen „Gegen jeden Antisemitismus *und* Rassismus!“ schreiben, draußen bleiben.

Jan Sander: Ein Ausgangspunkt für die antideutsche Kritik – ähnlich wie bei der Gründung der Platypus Affiliated Society 2006 – war die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Imperialismus. Während die linke Opposition gegen den US-Imperialismus in den 60er- und 70er-Jahren zumindest noch als Parteinahme für vermeintlich fortschrittlich-revolutionäre Kräfte in der Dritten Welt gemeint gewesen sein könnte oder es auch war, verband die Linke später, ab den 90er-Jahren, ihre Kritik mit einer mehr oder weniger unverhohlenen Unterstützung reaktionärer Kräfte.

Was die Antideutschen jedoch trotzdem weiterhin mit der gesellschaftlichen Linken verband, waren nicht die allgemein bekannten – und jetzt wiederholten – positiven programmatischen Forderungen jener Strömung – also Unterstützung für Israel, Kampf gegen Antisemitismus, gegen Islamismus, you name it – sondern negativ: die Kritik an dieser Linken.

Durch Kritik knüpften die Antideutschen tatsächlich an das wesentliche, oft vergessene Merkmal des Marxismus an: Karl Marx' Diktum von der „rücksichtslosen Kritik alles Bestehenden“ galt entgegen der gängigen gegenwärtigen Interpretationen keinem äußeren Gegenstand, nicht einem subjektlosen Systemkapitalismus, sondern maßgeblich der Linken und Arbeiterbewegung als Subjekt und Objekt des gesellschaftlichen Prozesses.

Die Antideutschen gehörten zu den wenigen Teilnehmern der „post-politischen“ Linken der 80er- und 90er-Jahre, ebenso wie der Millennial Linken, die die Regression der Linken zumindest teilweise bemerkten. Aus diesem Grund interessierte sich das durchschnittliche Platypus-Mitglied wohl mehr für sie, als, sagen wir, für die Interventionistische Linke.

In der aktuellen Ausgabe der Bahamas erinnert Jan-Georg Gerber daran, dass es den Antideutschen ursprünglich darum gegangen sei, Fehler und Irrtümer der Linken aufzuarbeiten. Das Ziel sei die Neuformierung einer „nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken“ gewesen. Auch wenn wir uns bei Platypus aus Gründen, die hier zu weit führen würden, anders ausdrücken würden, sind die Ähnlichkeiten zwischen den Antideutschen und Platypus unübersehbar. Was also unterscheidet uns?

In dem Text von Gerber charakterisiert dieser die Antideutschen als Modernisierungsbewegung wider Willen.²³ Doch das Gleiche könnte – vom Standpunkt der Gegenwart aus betrachtet – über die gesamte Linke in der Geschichte gesagt werden. Kapitalismus reproduziert sich ideologisch durch Unzufriedenheit mit ihm und Protest gegen ihn. Schon die Losungen der Neuen Linken der Sechziger Jahre von damals wurden zur neoliberalen Ideologie später. Zuvor führte die alte Linke der 20er- und 30er-Jahre durch ihr politisches Versagen und ihre ideologische Anbiederung an Arbeits- und Nationalethos in die Deutsche Arbeitsfront und den Holocaust. Die konkrete Gestalt dieser Geschichte mag in diesem spezifischen Fall deutsch sein, das hintergründige Problem der Wiederholung hingegen ist spezifisch modern.

In seinem kurzen Essay mit dem Titel „A Short History of Nonbeing“ beschäftigt sich der amerikanische Hegelianer Robert B. Pippin mit diesem merkwürdigen Phänomen. Auch wenn der Text sich mit Philosophie und Kunst befasst, kann er helfen, die Sackgasse der Gegenwart ebenso wie die Thematik der Antideutschen zu erhellen. Außerdem ist er wesentlich prägnanter als die *Negative Dialektik*, auf der er wesentlich fußt.

Aus Sicht von Pippin stecken Philosophie und Kunst in einer Sackgasse: Phänomene, wie die immer wiederkehrende Diagnose des Todes der Kunst, Romane, in denen es wie schon bei französischen Novellen des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen um bürgerlichen Selbsthass geht, und die Postmoderne in der Philoso-

phie, die sich selbst zwar als großen Bruch feiert, dabei jedoch halbwegs unbewusst die Krise der Philosophie zur Zeit des Auseinanderbrechens der Hegelschule in den 1840er-Jahren auf verzerrte und bombastische Art wiederholt, verweisen auf eine bestimmte Pathologie der Gegenwart. Die Fragen und Probleme der letzten 150 Jahre bleiben wesentlich die gleichen, während sich unsere Fähigkeiten verschlechtern, diese zu beantworten oder gar adäquat zu erkennen. Einen Ausweg aus den alten Kalamitäten bieten die neuen geistigen Produkte nicht, stattdessen vernebeln sie allerdings immer weiter den Zugang zum Bewusstsein der Kernproblematik. Pippin schreibt dazu:

Es gibt einen historischen Preis für die Vernachlässigung, die Nicht-Beachtung oder die fehlende Lösung dieses kritischen Kernproblems: die Wiederholung. Im Wesentlichen besteht der Preis in der ziemlich rätselhaften Wiederholung – inzwischen über mehrere Generationen hinweg – einer Reihe von ursprünglichen Momenten des Zurückschreckens, der Abscheu und der Entfremdung unter den Gründungsformationen der Moderne.²⁴

Pippin zufolge verkennt die gegenwärtige Kritische Theorie, die dem Namen nach das Erbe der Frankfurter Schule antritt, wie weit die geschichtlichen Konflikte, die erstmals in den 1840er-Jahren bemerkt wurden, in die Gegenwart reichen. Kritische Theorie heute sei deshalb „unzureichend kritisch“.

Obwohl Pippin sich dessen nicht voll bewusst zu sein scheint, ist eben diese Problematik der Gegenstand dessen, was Theodor W. Adorno Regression nennt. In ihrem Zentrum steht bei Adorno die politische Linke. Die Erschöpfung und unterschwellige Verzweiflung der heutigen „Linken“ lässt sich ihm zufolge darauf zurückführen, dass sie sich in einem Gewirr scheinbar unlösbarer Probleme verloren hat, die sich seit der Zeit von Marx angehäuft haben. Keines der Probleme, die in der Geschichte der vorangegangenen Generationen der Linken seit der Ersten und Zweiten Internationale aufgehäuft wurden, konnte erfolgreich bewältigt werden. Alle belasten uns weiterhin.

Diese Geschichte als „überholt“ abzutun, würde zur Folge haben, dass die Probleme später in potenziert Form wiederkehren – auf der sogenannten Linken ebenso wie gesamtgesellschaftlich. Die regressive Wiederholung des Todes der Linken ist nicht auf die letzten 30 Jahre beschränkt. Weder die Kids noch die Linke waren vor dem Bestehen der Antideutschen, den 90er-Jahren oder den Jahrzehnten davor alright.

In den sogenannten „Küchengesprächen“ formuliert Max Horkheimer gegenüber Adorno folgenden Gedanken:

Ich glaube, dass die europäisch-amerikanische Zivilisation das Höchste ist, was die Geschichte bis jetzt

hervorgebracht hat an Wohlergehen und Gerechtigkeit. Es kommt darauf an, dass das in einem höheren Zustand bewahrt wird. Das ist aber nur möglich, wenn man gegen diese Zivilisation selbst unnachlässig ist.

Daraufhin erwidert Adorno zustimmend:

Man darf nicht zur Verteidigung der westlichen Welt aufrufen.

Horkheimer ergänzt:

Man darf nicht dazu aufrufen, weil man sie damit kaputt machen würde.²⁵

Obwohl Horkheimer und Adorno die Notwendigkeit erkannten, zu einer neuen „sozialistischen Partei“ aufzurufen – wie sie in den „Küchengesprächen“ diskutieren – und das *Manifest der Kommunistischen Partei* von Karl Marx „[s]treng leninistisch“ neu zu formulieren, erkannten sie auch, dass die notwendigen Vorbedingungen für eine solche Praxis nicht erfüllt waren. Schon zu ihrer Zeit gab es keine Linke, die in der Lage wäre, den Appell zu verstehen. Jeder Versuch, diese Antinomie des Politischen nach dem Scheitern der Linken zu ignorieren, würde einer weiteren regressiven Wiederholung Vorschub leisten. Adorno und Horkheimer sahen es daher als ihre Aufgabe, die kritische Spannung aufrechtzuerhalten. Ihre Position sollte nicht als Relativismus missverstanden werden.

Platypus versucht an diese kritische Reflexion anzuschließen – mit notwendig antinomischem Resultat: Einerseits stellen wir fest, dass die Linke heute weder das „Recht noch die Pflicht“ hat, sich in internationalen oder selbst nationalen Konflikten zu positionieren. Eine wirkliche Linke, die Forderungen mit verantwortlichem Handeln selbst durchsetzen könnte, fehlt weltweit. Andererseits ist auch keine unpolitische Reflexion möglich. Mit anderen Worten: Die Fragen: Was müsste eine wirkliche Linke tun? Wie müsste sich die Linke verändern, damit sie die Welt verändern kann? Was sollte passieren, was nicht auch ohne eine Linke sowieso passiert? Und: Was müsste getan werden, um dem Ziel der Befreiung näher zu kommen? Diese Fragen müssen weiter gestellt werden, soll das auch von den Antideutschen ursprünglich geteilte Ziel einer Neuformierung einer, wir würden anraten, marxistischen Linken gelingen.

Doch die von den Antideutschen gefundene schlechte Auflösung der Antinomie des Politischen in der Gegenwart betrügt den selbstgesetzten Anspruch. Statt etwa die Problematik des Imperialismus als Ausdruck einer tieferliegenden Sackgasse auch der eigenen linken Politik zu begreifen, sucht die antideutsche Kritik lediglich nach einem neuen Inhalt für die alte Praxis. Damit versäumt sie es auch, die Pseudopraxis der K-Gruppen zu überwinden, die in den 70er-Jahren keinen unwesentlichen Anteil am Scheitern der Linken hatte. Formal

betreiben Zeitschriften wie die Bahamas den Modus der maoistischen Propagandazirkel der 1970er-Jahre weiter. Lediglich die Setzung „Sag mir, wo du stehst?“ wurde inhaltlich anders beantwortet.

Jeder Terrorakt oder Krieg wird weiterhin als Anlass missbraucht, um die jeweils verhasstere Rechte zu diffamieren und für die eigene pseudopolitische Position zu werben. Doch auch Kritik an Antisemiten, so sehr sie zutreffen mag, überschreitet das moralische Urteil nicht. Unbedingt aber ist an der Einsicht Hegels festzuhalten, dass der moralische Standpunkt nicht an den Weltlauf heranreicht und notwendig fremden Zwecken zugutekommen muss, die auf der Höhe der Politik operieren – die Linke tut es nämlich nicht. Mit dem Abgleiten ins moralisierende und tendenziell manichäische Denken, gehen die Antideutschen, vielleicht gewollt, dem Risiko der Politik als „Kunst des Möglichen“ von vornherein aus dem Weg. Damit geben sie jedoch, falls sie überhaupt eine Wirkung entfalten, Rückendeckung für das, was auch ohne sie und ohne eine Linke passieren würde: regressive Wiederholung.

Antwortrunde

DzW: Es fällt mir nicht leicht, Justus' Tour de Force angemessen zu beantworten. Sie war für mich zum Teil wirr. Aus der Auseinandersetzung mit einer relativ kleinen, minoritären Fraktion der Linken wurde sofort eine Auseinandersetzung über die Linke, den Sozialismus und den Kommunismus insgesamt. Es ging um die Entstehung und Entwicklung sozialistischer Regime in China, Kambodscha, Russland, Vietnam, Mosambik, Angola usw. – es tut mir leid, ich habe diesen Regierungen nicht angehört und kann auf sie in dieser Kürze nicht eingehen. Ich bin auch nicht bereit, diesen pauschalen Grabgesang einfach zu unterschreiben. Das Problem bei diesem Ansatz ist, dass wir in einer Diskussion, die dem Thema Deutschland gilt, deutsche Spezifika aus den Augen verlieren.

[Die Podiumsdiskussion wird durch eine vorbeiziehende propalästinensische Demonstration für einige Minuten unterbrochen]

Wenn wir bei einer Veranstaltung, die den deutschen Verhältnissen gilt – wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Tendenzen sie aufweisen –, die Diskussion auf China, Kambodscha, Russland, Vietnam usw. verschieben, begehen wir den klassischen Fehler einer Projektion. Und genau das möchte ich nicht mitmachen. Ich finde es zwar schön, Justus, dass du dir Gedanken darüber machst, wie ein Staat deiner Meinung nach aussehen müsste, wie man aus einem Nationsbegriff doch noch etwas Positives ziehen könnte und wie man die Grenzen richtig kontrolliert. Aber, es tut mir leid, das lese ich täglich in der *FAZ*, im *Spiegel*, in der *Frankfurter Rundschau* und sonst wo. Ich sehe nicht, was das spezifisch Neue an deinen sehr weisen Vorschlägen ist.

Ich möchte gerne beim Thema Deutschland bleiben und noch ein paar Stichworte von den beiden Nachbarn hier aufnehmen, insbesondere den Punkt des Imperialismus. In der antideutschen Linken haben wir diesbezüglich mehr oder weniger in klassischen Kategorien gedacht: Durch einen deutschen Sonderweg drohe ein Viertes Reich, da ein vereintes Deutschland einen Machtzuwachs und spezielle Netzwerke nach Ost-, Mittel- und Südosteuropa haben würde. Dem hat die Regierung Kohl in den 90er-Jahren jedoch einen Riegel vorgeschoben, indem sie tatsächlich auf die europäische Einigung, speziell durch eine gemeinsame Währung, gesetzt hat. Daraufhin war die allgemeine Meinung, dass kein deutscher Sonderweg mehr drohe und die Gefahr eines imperialistischen Kolosses Deutschland vom Tisch sei. Das war ein Fehler, denn das Gegenteil ist der Fall: Gerade durch diesen Schritt ist es Deutschland gelungen, in Europa das Kommando zu übernehmen. Anfang der 90er-Jahre wäre das noch nicht möglich gewesen, da es damals im Gegensatz zu heute neben Deutschland immerhin noch Großbritannien und Frankreich waren, die den Kurs der EU vorgaben. Insofern ist die These von einem Vierten Reich und dem deutschen Imperialismus nach wie vor aktuell.

Allerdings macht es keinen Sinn, in unseren Auseinandersetzungen an alten Schablonen festzuhalten. Man muss sich selbstverständlich damit auseinandersetzen, dass von Russland, China und in gewisser Weise auch vom Iran eine imperialistische Politik ausgeht, die das Weltgeschehen stärker prägt als die imperialistischen Bestrebungen von Frankreich oder Großbritannien. Die Gründe dafür liegen aber nicht in der von Marx und anderen beschriebenen Kapitalentwicklung, sondern im Einfluss- und Bedeutungsverlust sowie in den daraus entstehenden sozialen Problemen dieser Gesellschaften – mit Ausnahme von China –, die sich aggressiv dagegen zur Wehr setzen. Das wiederum ist eine Parallele zum deutschen Nazismus, was ich aber nicht weiter vertiefen will.

Bleiben wir also beim Thema Deutschland. Eine Abrechnung mit der Linken? Gut, das kann man machen, gehört aber nicht hierhin.

JK: Ich denke, dass man bei Deutschland bleiben kann. Diesen Schlenker muss man machen, da die radikale Linke sich mit dem weltweiten Imperialismus befassen wollte, bevor sie sich mit dem deutschen Imperialismus befasst hatte. Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat tatsächlich Kambodscha besucht, was tödlich ausgegangen ist. Er hat dort das Heilversprechen für mannigfaltige Probleme gesehen. Das Grundproblem scheint doch zu sein, dass die Linke einen universellen, einen revolutionären Anspruch hat. Man kann Reformpolitik machen, aber man kommt mit den vielen einzelnen Problemen nicht zu Rande, weil man sie zum großen Ganzen vermittelt, und das ist eben entweder der Imperialismus oder der israelische Staat oder in der Regel beides.

Dass die Antideutschen dem Imperialismus anfangs feindlich gesinnt waren, ist irgendwann krisenhaft geworden. Du hattest gesagt, dass wir jetzt diese ganzen rechten Bewegungen haben, diese wären aber einzeln anzuschauen. Sie sind die Konsequenz eines deutschen Imperialismus und die Normalisierungs- oder Faschisierungs-Diskussion, die ich versucht habe nachzuzeichnen, spricht Bände: Die Wiedervereinigung, die die von dir beschriebenen Erscheinungen hatte, ist nicht gleichbedeutend mit einem Vierten Reich und wir können daraus keine Verbindungen zum Internationalen und zu Russland ziehen, wie du das gemacht hast.

Es sollte stattdessen um eine Kritik der Linken und die Frage gehen: Warum hat die Linke sich die ganze Zeit mit diesen Staaten und mit Mao beschäftigen müssen, wenn man doch in Westdeutschland saß? Das hat nichts damit zu tun, dass es angehäufte Probleme gibt, sondern dass man die Negativität, in der man sich befindet, nicht aushalten kann: dass die marxische *Kritik der Politischen Ökonomie* eine Lösung der Probleme verspricht, die in weite Ferne rückt, dass man aber gleichzeitig auch mit Reformismus nicht zufrieden sein kann. Daher kommen die ganzen Projektionen, die sich heute sehr wahnhaft in der postkolonialen Theorie ausdrücken.

Jetzt allerdings Schutzzölle vom Nationalstaat zu fordern, ist eine zu analysierende Krisenerscheinung, die auf das Problem eines fehlenden Liberalismus verweist. Wenn es in Frankreich keine liberalen Parteien mehr gibt und Juden entsprechend gezwungen werden, das Land zu verlassen, muss man sich überlegen, wo liberale Kräfte sind. Der liberale Nationalstaat ist heute völlig abwesend und vielleicht wäre es die Aufgabe der gegenwärtigen Linken, sich für Liberalismus einzusetzen.

JW: Detlef, Gegenstand dieser Veranstaltung ist, etwas über die Antideutschen zu sagen und das durchaus aus dem Blickwinkel: Was heißt das für die Linke? Das habe ich getan und von einer Blutspur gesprochen, die von Lenin bis hierher reicht.

Der Bürgerkrieg ist ein Verbrechen der Bolschewiki, sie haben ihn losgetreten. Lenin hat das kurz davor noch in den „Juni-Thesen“ begründet. Es ist ein unendliches Verbrechen, bei einem in Knechtung vor sich hin vegetierenden Volk, in dem der Hass brodelt, auf Bürgerkrieg zu setzen, anstatt mit den Menschewiki zusammen irgend etwas jenseits des Zarismus zu schaffen, was möglich gewesen wäre: Das ist ein gigantisches Verbrechen, das lange vor dem Stalinismus über drei Millionen Menschen allein das Leben gekostet hat! Über dergleichen Abenteuerien sollte nachdenken, wer überhaupt den Namen Lenins, dieses Bastards, in den Mund nimmt. Ich möchte damit nicht den Antikommunisten machen, versprochen! Ich erwarte aber, dass man dieses papierene, verstaubte, dogmatische Zeug auch mal wirklich goutiert – Lest das mal, das ist unerträglich: Dahinter steckt die Gewalt.

Zu den Antideutschen: Den eliminatorischen Antisemitismus, wie er gerade hier unten vorbeigezogen ist – na, was hat denn diese tolle Musik sekundiert? Da waren sie doch, die Holocaustfreunde, da war sie doch, die Melone, die Palästina-Fahne – interessiert hier auf dem Podium offensichtlich überhaupt nicht. Ich habe vor vielen Jahren einen Artikel mit dem Titel „Es geht um Israel“ in der Bahamas geschrieben – ich publiziere aus guten Gründen nirgends anders mehr. Ich hatte gehofft, dass es wenigstens bei den Referenten hier auch so sein könnte, in der Zeit nach dem 7. Oktober – einen Scheißdreck, nichts ist, ja wovon redet ihr denn überhaupt?

Und dann erzählt man mir, ich würde hier schlechte Politik machen, das würde alles im Spiegel und sonst irgendwo stehen, wenn ich über Dinge rede, die vielleicht einmal interessant dafür wären, wie sich Leute zusammuntun könnten: ausdrücklich jenseits der Linken, ausdrücklich jenseits des Antirassismus, jenseits der Postcolonial Studies, jenseits des Antiimperialismus. Das ist keine Frage der Vokabel, es muss etwas anderes her, das Leute, die mit sich und der Welt etwas Besseres vorhaben, zusammenbringen könnte – bitte nicht mit links.

JS: Meinst du das ernst mit Lenin?

JW: Unbedingt.

JS: Alles klar. Ich bin deshalb verwirrt, weil die Weiße Armee, die Lenin gegenüberstand, das mitunter widerwärtigste, antisemitischste Pack war, das es überhaupt gab. Die Alternative zur Diktatur des Proletariats – die dann gescheitert ist und in einer Konterrevolution in der Tat zu furchtbaren Verbrechen geführt hat – wäre schon 1917 der faschistische Putsch von Kornilow gewesen. Die Bolschewiki haben mit einem der allerersten Dekrete überhaupt, den militanten Schutz der jüdischen Siedlungen durchgesetzt. Es ist auch vorgekommen, dass im Bürgerkrieg Bataillone der Roten Armee an Pogromen teilgenommen haben – auch in jüdischen Siedlungen –, dafür gab es harte Disziplinarmaßnahmen.

[Was ist mit Kronstadt?]

Das Manifest von Kronstadt ist hardcore antisemitisch. Es hat sowohl den Kapitalismus als auch die Bolschewiki mit den Juden identifiziert. Deshalb bin ich sehr verwundert über diese Einlassung.

Der Antiimperialismus ist eine Prioritätensetzung, die einer Strategie entspringt, die in den 20er- und 30er-Jahren aus einer sehr fragwürdigen Setzung innerhalb der Komintern getroffen wurde. Die prinzipielle Ausrichtung, dass sich eine Linke gegen den Imperialismus richten müsste – damals übrigens als temporäres taktisches Manöver gedacht, nicht als Prinzip – ist fragwürdig. Ich glaube, dass gar keine politische Kraft existiert – obsiejetzlinks ist oder anders benannt werden sollte, wie Justus meinte –, die in der Lage wäre, auf dem

Level dieser Weltarena mitzuspielen. Israel braucht uns hier nicht, um sich zu verteidigen. Israel verteidigt sich selbst, hat die Israel Defense Forces (IDF), you name it. Es sind Sachen, die ohnehin passieren.

[Du willst einfach zugucken, ja?]

Mir bleibt nichts anderes übrig. Alle, die versuchen, hier mit moralischer Erpressung zu argumentieren, spielen dasselbe Game wie die antiimperialistischen Linken, die mit ähnlich fragwürdigen moralinsauren Argumenten versuchen, Leute auf die nächste Demo zu zwingen. Ich halte es für überhaupt nicht sinnvoll, so zu tun, als wären wir ein Player, der auf der Weltebene in der Form mitspielen könnte. Die Linke existiert nicht.

Ich möchte noch eine Sache zu Trump loswerden: Ich glaube, dass es wichtig ist, nicht darauf hereinzufallen, was große kapitalistische Parteien sich gegenseitig an den Kopf werfen. Die Aufgabe der Linken sollte sein, die Unterschiede, die von diesen Parteien natürlich gravierend übertrieben werden, realistisch zu betrachten. In Amerika – um Gore Vidal zu zitieren – gibt es eine Partei mit zwei rechten Flügeln: Das ist die Partei des Eigentums. Trump ist mitnichten ein Faschist oder jemand, der dem Nationalsozialismus ähnelt. Trump ist Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre selbst Anhänger der Demokratischen Partei gewesen. Die politischen Positionen bewegen sich auf ähnlicher Ebene. Das ist nur ein weiteres Zeichen, wie sehr die Linke sich in das Sogfeld von Mainstream-Politik begeben hat. Dazu hat Justus auch schon etwas gesagt. **IP**

Die Fortsetzung des edierten Transkript folgt in der Ausgabe 35 der deutschsprachigen Platypus Review (Januar/Februar 2025).

-
- 1 Abraham M. Rosenthal, „Für eine internationale Offensive gegen den Nazismus“, *Konkret* 01/91, 24.
 - 2 Ebd.
 - 3 Ebd.
 - 4 Manfred Dahlmann, „Vorwort zur Neuauflage: Was heißt antideutsch?“, in Joachim Bruhn, *Was Deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation* (Freiburg: ça ira, 2019), 10.
 - 5 Jan-Georg Gerber, „Die Antideutschen. Ein Nachruf“, *Bahamas* 94 (Frühjahr 2024): 72.
 - 6 Antinationale Gruppe Bremen (ANG), „Auf einer Skala von eins bis zehn: Wie Scheiße ist Deutschland? Konferenz zum Stand der Kritik“, online abrufbar unter: <https://conne-island.de/nf/181/27.html> [zuletzt aufgerufen am 26. Oktober 2024].
 - 7 Kongressvorbereitungsgruppe (Hrsg.), *Die radikale Linke. Reader zum Kongress vom 1. - 3. Juni 1990 in Köln* (Hamburg, 1990), 193.
 - 8 Vgl. <https://www.instagram.com/p/C-FY9yLKTfFu/?hl=de> [zuletzt aufgerufen am 26. Oktober 2024].
 - 9 ANG, „Auf einer Skala von eins bis zehn: Wie Scheiße ist Deutschland? Konferenz zum Stand der Kritik“.
 - 10 Clemens Nachtmann, „Die demokratisierte Volksgemeinschaft als Karneval der Kulturen. Von der Verallgemeinerung des Postnazismus und dem Altern der antideutschen Kritik“,

in *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert*, Hrsg. Stephan Grigat (Freiburg: ça ira, 2012), 57.

- 11 Matthias Spekker, „ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär. Wahrheit in Marx' wissenschaftlicher Gesellschaftskritik“, in *Wahrheit und Revolution. Studien zur Grundproblematik der Marx'schen Gesellschaftskritik*, Hrsg. Matthias Bohlender, Anna-Sophie Schönfelder und Matthias Spekker (Bielefeld: transcript, 2020), 32. Online abrufbar unter: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839450673/html?lang=de>.
- 12 Clemens Nachtmann, „Wenn der Weltgeist dreimal klingelt. Zur Geschichtsmetaphysik der ‚Krisis‘-Gruppe“, *Bahamas* 21 (Herbst 1996): 25. Online abrufbar unter: <https://redaktion-bahamas.org/hefte/21/Wenn-der-Weltgeist-dreimal-klingelt.html>.
- 13 Wolfgang Pohrt, „Vernunft und Geschichte bei Marx“, in *Theorie des Gebrauchswerts. Über die Vergänglichkeit der historischen Voraussetzungen unter denen allein das Kapital Gebrauchswert setzt* (Berlin: edition TIAMAT, 2001), 270. Online abrufbar unter: <https://archive.org/details/vernunft-und-geschichte-bei-marx/mode/2up>.
- 14 Karl Marx, „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band“, in *Marx-Engels-Werke*, Band 25, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Berlin: Dietz, 1964), 454. Online abrufbar unter: https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/mew_band25.pdf.
- 15 Herbert Marcuse, „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“, in *Kultur und Gesellschaft*, Band 1 (Frankfurt a. Main: Suhrkamp, 1965), 35.
- 16 Joachim Bruhn, *Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation* (Freiburg: ça ira, 2019), 170.
- 17 Vgl. Initiative Sozialistisches Forum (Hrsg.), *Das Konzept Materialismus. Pamphlete und Traktate* (Freiburg: ça ira, 2009).
- 18 Clemens Nachtmann, „Krisenbewältigung ohne Ende. Über die negative Aufhebung des Kapitals“, in *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert*, Hrsg. Stephan Grigat (Freiburg: ça ira, 2012), 156.
- 19 Vgl. Rainer Rotermundt, *Verkehrte Utopien. Nationalsozialismus. Neonazismus. Neue Barbarei* (Frankfurt am Main: Neue Kritik, 1980), 102.
- 20 Vgl. das Heftthema der *Bahamas* 93 (Winter 2024): <https://redaktion-bahamas.org/hefte/93/Für-Israel-gegen-die-post-koloniale-Konterrevolution.html> [zuletzt aufgerufen am 26. Oktober 2024].
- 21 Vgl. <https://t1p.de/8jjna> [zuletzt aufgerufen am 26. Oktober 2024].
- 22 Vgl. Andrew McDonald, „Trump's VP pick J.D. Vance called U.K. 'Islamist country'“, *Politico*, 16. Juli 2024, <https://www.politico.eu/article/donald-trump-pick-jd-vance-vice-president-republican-party-uk-islamist-country/> [zuletzt aufgerufen am 26. Oktober 2024].
- 23 Gerber, „Die Antideutschen. Ein Nachruf“, 72–75.
- 24 Robert B. Pippin, „Critical Inquiry and Critical Theory: A Short History of Nonbeing“, *Critical Inquiry* 30/2 (Winter 2004): 427f. Online abrufbar unter: https://www.academia.edu/2223948/Critical_Inquiry_and_Critical_Theory_A_Short_History_of_Nonbeing.
- 25 Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, „Diskussion über Theorie und Praxis“, in Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Band 13 (Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1988), 46.

Die Leistungen der „Antideutschen“

von Gerhard Hanloser

Es gibt nicht wenige linke Zeitgenossen, die der ab den 90er Jahren aufkommenden „antideutschen“ Strömung theoretische wie praktische Leistungen attestieren wollen. Demnach sei zwar manches verkehrt gelaufen, aber „Antideutsche“ hätten grundsätzlich zu einer Erneuerung der Linken und zu wesentlichen Korrekturen linker Fehler beigetragen. Der Autor der folgenden Reflexionen sieht dies vollkommen anders. Rasch könnte man den grundlegenden Irrationalismus und die im Kern anti-emanzipatorischen Fehlleistungen der „Antideutschen“ benennen. Ich schreibe „Antideutsche“ stets in Anführungszeichen, denn diese Strömung blieb national auf Deutschland fixiert und ihr gelang keine aufhebende Kritik. Ich möchte dennoch versuchen, diese Strömung, die aus der Linken kam, sich zusehends nach rechts wandte und sogar im ideologischen Gravitationszentrum des neuen imperialistischen Deutschlands gelandet ist, an ihren stärksten theoretischen Erkenntnissen messen, um sie angemessen zu kritisieren.

Den „Antideutschen“ wird attestiert, sie hätten:

- erstens: sich um die Antisemitismustheorie verdient gemacht
 - zweitens: einen inhaltlich erweiterten Begriff und ein tieferes Verständnis des deutschen Faschismus bzw. Nationalsozialismus erlangt
 - drittens: Fehler und Ideologien der linken Bewegungen vor ihnen nachhaltig aufgedeckt und korrigiert
 - viertens: in wichtigen erinnerungspolitischen und vergangenheitspolitischen Abwehrkämpfen gegen einen rechten Revanchismus und Revisionismus agiert
 - fünftens: mit der Rezeption Kritischer Theorie und Neuer Marx-Lektüre eine fundamentalere und tiefgreifendere Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Ideologien vorgelegt
 - sechstens: auf dem Höhepunkt der nationalistischen Besoffenheit von 1989 und in den folgenden Jahren mit ihrem „Nie wieder Deutschland!“ ein gutes Gegenmittel bereitgestellt
- Gehen wir die genannten Felder durch.

1. Zentraler Bezugstext der antideutschen Strömung stellt bis heute „Antisemitismus und Nationalsozialismus“ von Moishe Postone dar. Der Textentstand in den 70ern an der Schnittstelle von Ableitungsmarxismus und innerlinker Selbstkritik. Er wurde auch von der „antideutschen“ Initiative Sozialistisches Forum (ISF) in ihrem Freiburger Zeitschriftenprojekt publiziert und gilt bis heute als ein wesentlicher theoretischer Bezugspunkt der „antideutschen“ Szene. Postone versuchte, den nationalsozialistischen Antisemitismus aus der Warenstruktur der Gesellschaft selbst abzuleiten. Dieser Versuch, der der Warenform einen Bewusstseinsinhalt zuordnet, musste scheitern und wurde deshalb von verschiedenen marxistischen Autoren sowie Historikern des Antisemitismus kritisiert. Außerdem lebt der

Text davon, positive Begriffe der linken Szene („Revolte“, „Antikapitalismus“) vor der Folie des Vernichtungsantisemitismus zu diskutieren. Dass im modernen Antisemitismus und ebenfalls im Antisemitismus des deutschen Faschismus ein Pseudoantikapitalismus steckt, ist keine neue Erkenntnis. Ernst Bloch spürte dem essayistisch nach, Sartre, Adorno und Horkheimer wussten davon. Auch die Neue Linke mit ihren Köpfen wie Ulrike Meinhof war diese demagogische Ideologiestruktur des Antisemitismus, der die Juden als „Kapitalisten“ imaginiert, bekannt. Bei Postone verschwanden allerdings die wahren Triebkräfte und Tätergruppen des Nationalsozialismus, die den Vernichtungsantisemitismus ideologisch vertraten und praktisch exekutierten. Der auf Säuberung und Auslöschung ganzer Bevölkerungsgruppen tendierende Rassismus im NS-Antisemitismus wurde marginalisiert. Doch die eliminatorische Qualität des NS-Antisemitismus erhielt dieser nicht allein aus der verschwörungsideologischen Komponente, dass „jüdische Macht“ (ein Konstrukt, das Postone ideologiekritisch auf die „abstrakte Seite des Kapitalismus“, bzw. den „Wert“ zurückführt) in den Augen der NS-Antisemiten gebrochen werden müsste, sondern in der Kombination von auf Säuberung hinauslaufender antisemitischer Erlösungssehnsucht, einer pseudowissenschaftlichen Rasse-Ideologie und totalitär-bürokratischer Gesellschaftsplanung mit raumimperialistischem Anspruch. Die konkrete Vernichtungspolitik fand im Kontext der imperialistischen Lebensraumgewinnung statt, die von Postone ausgeblendet wird (weiteres dazu unter 2.). Auschwitz als Ort von Vernichtung jüdischen und anderen „unwerten“ Lebens und der Zwangsarbeit für die deutsche Industrie zugleich wurde von ihm enthistorisiert und reichlich esoterisch zu einer „Fabrik zur Vernichtung des Werts“ erklärt.

Die Rezeption von Postones Thesen des Antisemitismus als „verkürzter Antikapitalismus“ im „antideutschen“ Milieu führte dazu, dass zuerst in einer Umkehrbewegung jeder „verkürzte Antikapitalismus“ - und davon gibt es viele Formen - als „notwendig“ oder zumindest „strukturell antisemitisch“ erklärt wurde, später dann - wie an häufigen „antideutsch“ inspirierten Tweets auf X heute noch abzulesen ist - alle Kritik am Kapitalismus als notwendig antisemitisch dargestellt wird. In einer irren Umkehrung der ursprünglichen Absichten des antikapitalistischen und zur Zeit der Textabfassung übrigens jüdisch-antizionistischen Linken Moishe Postone behaupten „antideutsche“ Influencer, der Jude müsse einem notwendig als Feind einfallen, wenn Ausbeutung kritisiert wird. Damit betreiben vorgeblich antisemitismuskritische Zeitgenossen allerdings eine selbst antisemitische Gleichsetzung von Jude und Kapitalist. Dies stellt auch den ideologischen Hintergrund dar, vor dem sich ehemalige Linke und liberale Konservative und Apologeten des Kapitalismus zu einer Art „Querfront“ verbinden. Sah kritische Antisemitismusforschung noch vor, dass die Menschen ihre eigene Gesellschaft richtig wahrnehmen mögen, um Antisemitismus abzustreifen und die Juden richtig zu sehen, so behauptet die affirmative Antisemitismusbeschwörung nur: „Seht die Gesellschaft, wie sie mit ihren Krisen und Ungerechtigkeiten nun mal ist, als die einzig richtige an, dann müsst ihr auch nicht antisemitisch handeln“. Dass ihnen, den „Antideutschen“ zusammen mit allen Apologeten des Bestehenden, herrschafts- und ausbeutungskritische Linke fortan als „linke Antisemiten“ erscheinen, ist nur folgerichtig, gehorcht allerdings einer hegemonial-

rechten Erzählung: dass sich in der Linken die schlimmsten Antisemiten tummeln würden.

2. So wie beispielsweise die kapital- und kapitalisten-dienliche Sündenbockstrategie des modernen Antisemitismus ignoriert wurde und diese Ignoranz noch als theoretischer Fortschritt in der Ideologietheorie behauptet wurde, so wurden ebenfalls die dem Nationalsozialismus zu Grunde liegenden und ihn erst auf den Plan rufenden Herrschaftsmechanismen entsorgt. Sicherlich müsste der deutsche Faschismus gegen eine einfache Agententheorie oder eine Monopolkapitaltheorie auch als gesellschaftliche Formation mit konsensstiftenden Ideologien begriffen werden. Der NS wurde auch „von unten“ getragen. Dies zu begreifen gelang beispielsweise in Beiträgen zur Faschismustheorie der Zeitschrift „Das Argument“ ab 1965. Auch die nicht-ML-dogmatischen Teile der Neuen Linken versuchten in Anschluss an Wilhelm Reich oder Klaus Theweleit den psychischen Dimensionen der Herrschaftsansprüche „von unten“ nachzugehen. In der antideutschen Faschismusrezeption hatte der Nationalsozialismus allerdings nichts mehr mit etwaigen Kapitalinteressen gemein, sondern galt als eine im doppelten Wortsinne „kapitalentsprungene“ Gesellschaftsformation, die vollständig einem völkischen und antisemitischen Konsens erlegen sei. Was am NS kapitaladäquat und den Kapitalinteressen entflocht gewesen sein sollte, musste dabei offenbleiben. Gleichzeitig wurden die Erkenntnisse der Alltagsgeschichtsschreibung der 80er Jahre entsorgt, die – sicherlich marginale – Widerstandsaktionen aus Arbeiter-, kommunistischen oder beispielsweise katholischen Milieus analysierten und dem Eigensinn kleiner Leute, die sich der Volksgemeinschaftsideologie entzogen, nachspürten. Von Traditionslinien des Widerstands, gerade auch des kommunistischen Widerstands, wurde in „antideutschen“ Milieu beredt geschwiegen, wo sie nicht herabgesetzt wurden.

Der Antifaschismus der „Antideutschen“ war ein etatistischer. Wurde zu Beginn noch die Jalta- und Potsdam-Ordnung der Großen Drei positiv gegen das wiedervereinigte Deutschland und ein drohendes „Viertes Reich“ angerufen, so affirmierte man später die Luftkriegsstrategie der Westalliierten („Bomber Harris, do it again!“). Dass dies nicht nur eine subversive Kommunikationsguerilla gegen deutsche Selbstviktimisierungs- und Opferdiskurse darstellte, sondern Auftakt zu einer Bejahung westlicher Militärschläge und luftkriegsgeführter Kriege war, zeigte sich nach dem 11. September, als sich diese Szene für jeden westlichen Krieg gegen als nazigleich behauptete Staaten, Gruppierungen und Bevölkerungen aussprach (vehement 2003 gegen den Irak, neuerdings gegen Gaza).

3. Als linke Bewegungsfehler wurden hauptsächlich der Antiimperialismus und der ihm zugeordnete Antizionismus gesehen, wobei der Antizionismus der Neuen Linken nicht als globales Phänomen der internationalistischen 68er-Protestbewegung begriffen wurde, sondern provinziell auf spezifische oder „typisch deutsche“ Ressentiments zurückgeführt wurde. Antizionismus sei schlicht Antisemitismus, wurde behauptet. Nationalen Befreiungsbewegungen wurde eine „völkische Logik“ attestiert, wobei sie mittels des deutschzentrierten Überblendeffekts in die Richtung deutsch-reaktionärer Ideolo-

gien gerückt wurden. Für eine konkrete Kritik nationaler Befreiungsbewegungen war dies wenig hilfreich, ja, dies unterbot zuweilen noch den Stand der erreichten aufklärerischen und emanzipatorischen Kritik. Lange vor den „Antideutschen“, also bereits in den 70er und 80er Jahren, setzten in der Linken eine Kritik des „Drittweltismus“ ein. Diese wurde beispielsweise von anarchistischen oder rätekommunistischen Stimmen artikuliert, die sich am stalinistischen Befreiungsnationalismus mit seinem autoritären Etatismus stießen. Auch innerhalb der klassischen Internationalismusszene waren früh kritische Stimmen zu vernehmen, die sich gegen Romantisierung und einen unkritischen Solidaritätsbegriff wandten (von Vietnamkriegsaktiven über Afrika- und Lateinamerikakomitees, von Nordirländersolidaritätsgruppen bis in die Palästinasolidarität). Die „Blätter des iz3w“ (Informationszentrum Dritte Welt Freiburg) der 80er Jahre, also bevor diese renommierte und alte Internationalismuszeitschrift ab 2003 auf eine pro-westliche und vor allem pro-israelische Linie eingeschwenkt ist, bieten hierfür reichliches Material. Der traditionalistische Teil des Kommunistischen Bund in Hamburg, der sich also nicht zur „Gruppe K“ und „bahamas“ formieren sollte, kritisierte 1988 beispielsweise einen rund um die besetzte Hafestraße anzutreffenden unhistorischen Antizionismus, der Israel das Existenzrecht absprach. Anfang der 90er Jahre wurden Stimmen aus dem antiimperialistischen Widerstand und von sich auflösenden Revolutionären Zellen (RZ) laut, die ihre Politik der kritiklosen Kooperation mit als Befreiungsorganisationen wahrgenommenen Gruppierungen des palästinensischen Widerstands in Frage stellten. Darauf bezogen sich „antideutsche“ Publizisten immer affirmativ, um in einer Übergeneralisierung und im Modus der Skandalisierung dem gesamten Antiimperialismus reaktionäre Motive und dem Antizionismus antisemitische zu unterstellen. Tragfähiger und materialistischer waren immer jene Stimmen aus dem linkssozialistischen, rätekommunistischen oder libertär-anarchistischen Milieu, das in Deutschland schwächer ausgeprägt war und ist als in anderen Ländern. Sie beschrieben und kritisierten die nationalen Befreiungsbewegungen als Verkörperungen autoritärer nachholender Entwicklungsmodelle im globalen Kapitalismus, wären aber niemals auf die Idee gekommen, die geschäfts- wie kriegsführenden Gesellschaften des Westens zu hofieren.

Avantgarderolle im „antideutschen“ Diskurs nahm der Publizist Wolfgang Pohrt ein, als er in der linken Monatszeitschrift „konkret“ 1991 US-Atombomben auf Bagdad forderte, wenn Saddam Hussein seine Drohung wahr machen würde, Israel anzugreifen. Eike Geisel, ein weiterer bellizistischer Publizist der Golfkriegszeit, legitimiert das Abschlichten desertierender irakischer Soldaten am Ende des kurzen Golfkriegs durch die US-Armee damit, dass diese ja dafür ausgebildet seien, „Israel in ein Krematorium zu verwandeln“. Waren Pohrt und Geisel hier als einzelne streitbare Publizisten am Werk, so bildete sich nach den Anschlägen von Al Quaida 2001 eine ganze Szene heraus, die in der Berliner „jungle World“ ihr publizistisches Organ fand und die die Argumentationsmuster von Pohrt und Geisel wiederholte, variierte, banalisierte und radikalisierte.

Die Kriege von 1991 bis zur Libyenintervention, die die „Antideutschen“ mittels eines beispiellosen Bellizismus affirmierten, waren zuweilen völkerrechtsbrüchige (so der Irakkrieg 2003),

sowie Staaten und Gesellschaften zerstörende Unternehmungen eines selbstherrlichen und nach dem Ende des kalten Krieges von neuen Problemstellungen und Gegnern herausgeforderten Westens, die Hunderttausende von Toten hinterließen und aus autoritären Staaten staatsfreie Territorien machten, in die Dschihadisten und andere anti-emanzipatorische Kräfte stoßen konnten. Doch dieser Preis schien den publizistischen und szenekünstlerischen „Antideutschen“ hoch genug, um sich vom nationalstaatlich fixierten wie bewegungsorientierten Antimperialismus der linken Vergangenheit lösen zu können.

4. Die „Antideutschen“ formierten sich in einer Phase des erinnerungspolitischen Umschlagpunkts in Deutschland. Mit der Wiedervereinigung konnte angenommen werden, dass es zu einem großen Aufschwung des Geschichtsrevisionismus und deutschen Revanchismus kommen könnte. Tatsächlich sprachen etliche Tagesereignisse für eine solche reaktionäre Tendenz. In der Friedenspreisrede von Martin Walser mit den Schlagworten der „Moralkeule Auschwitz“ schien ein solches Beispiel vorzuliegen. In den Debatten und Suchfindungsprozessen der deutschen Eliten verorteten sich die „Antideutschen“ immer auf der Seite der „Holocaust awareness“. Dass sie zusehends im Mainstream der deutschen moralpolitischen Selbstdarstellung mitschwammen, entging ihnen dabei. So waren Goldhagens Thesen des ewigen deutschen Antisemitismus als konsensuellem kulturellem Code trotz Anfeindungen durch die Historikerzunft im deutschen Diskursraum äußerst beliebt, so auch bei den „Antideutschen“.

Lediglich angesichts des von Rot-Grün durchgesetzten Kosovokriegs positionierten sich „Antideutsche“ traditionslinks, gegen den Kriegseintritt Deutschlands. Sie polemisierten gegen Fischers Kriegsbegründung, der mit „Nie wieder Auschwitz“ die NATO-Intervention rechtfertigte. (Dabei befließigte sich Fischer der gleichen Legitimationsideologie wie die antideutsche „konkret“ 1991 während des Golfkriegs.) Die „Antideutschen“ verorteten die Triebkräfte des Kosovokriegs allen Ernstes in einer typisch deutschen Geschichtsbewältigung und nicht in imperialistischen Interessen. Sie taten so, als sei der maßgeblich von den USA getragene Krieg gegen Rest-Jugoslawien ein „deutscher Krieg“ zur Entsorgung der deutschen Vergangenheit gewesen. Dabei verzeichneten sie das serbische Restjugoslawien zu einem antifaschistischen Staat und erklärten die Kosovoalbaner zu einer völkischen Hilfstruppe des angeblich ewig deutsch-völkischen Großdeutschland. Die in Wirklichkeit atlantizistische NATO-Allianz von USA und rot-grüner Bundesregierung wurde schlicht ignoriert oder geleugnet.

Nach der kurzen vermeintlich dissidenten Position während des Kosovokriegs gewannen die „Antideutschen“ wieder Anschluss sowohl an den Mainstream der deutschen Vergangenheitspolitik, also auch an die deutschen außenpolitischen Bündnisoptionen gegen mögliche „Sonderwege“ jenseits des atlantizistischen Bekenntnisses. Nicht mehr Kosovoalbaner galten als nazigleiche Statthalter des Völkisch-Faschistischen, sondern die Palästinenser. Israel – und das ist eine der ewigen „antideutschen“ Wahrheiten – musste als guter antifaschistischer Staat der verfolgten Juden erscheinen; in kurioser Überzeichnung wurde sogar Israel als „kommunistisch“ imaginiert.

Der Nahostkonflikt selbst geriet nur zur Projektionsfläche eigener Bedürfnisse. Natürlich machte sich der akademische Teil der „Antideutschen“ dann auch daran, postkoloniale Ansprüche in der Erinnerungspolitik und ein multidirektionales Erinnern gegen ein mittlerweile hegemoniales, fetischisiertes und instrumentalisiertes Holocaustgedenken abzuwehren. Die „Antideutschen“ standen und stehen damit deutsch gestimmt im Zentrum der Staatsräson, sind die wirklichen Vertreter eines „deutschen Katechismus“ (Dirk Moses) – voller Denunzations-eifer und Säuberungswut.

Hier muss Platz für eine sozialpsychologische Spekulation sein, die auf die dahinterliegenden Psychodynamiken verweist: Maoisten gab es in den 70er Jahren weltweit, Ökologen ebenso. „Antideutsche“ gibt es tatsächlich nur in Deutschland. Die „Antideutschen“ sind Kinder, Enkel und Urenkel der Nazi-Täter. In der positiven Rezeption von Goldhagens „Willige Vollstrecker“ wurde deutlich, dass diese Szene zu einem Milieu von Deutschen zu zählen ist, die die Aussage „Opa war ein Nazi“ vordergründig affirmierte und nicht leugnete. Doch der ostentativen Einsicht in die Schuldgeschichte, folgte gleich die Verdrängung. Vor dem Hintergrund einer unterrezipierten deutschen Geschichte des Faschismus (siehe Punkt 2) und einer fehlerhaften Antisemitismusbestimmung (siehe Punkt 1) leiteten sie ab, dass im Gleichklang mit westlichen Verbündeten überall einem „barbarischen Antikapitalismus“ Einhalt geboten werden muss, „Antisemiten“ mit Luftkrieg zu bekämpfen seien. Die mit Bomben eingedeckte irakische Zivilbevölkerung, die niedergemetzelten desertierenden Soldaten von Bagdad, die Toten des Gazastreifens sind der Preis für den sauberen Psychohaushalt des „Antideutschen“, der damit meint, den Judenmord seiner Väter, Großväter und Urgroßväter aufwiegen und sühnen zu können. „Free Palestine from German Guilt“ ist eine Provokation für die deutsche Staatsräson und attackiert sie so treffend wie jene Psychodynamik, die hinter der Pro-Israel-Position der deutschen „Antideutschen“ steht.

5. Aber die ganzen marxistischen und kritisch theoretischen Schriften, die „antideutsche“ Verlage wie der in Freiburg ansässige *ça ira* Verlag veröffentlicht haben, mag man einwenden! Richtig. Das bleibende Verdienst „antideutscher“ Verleger wie des verstorbenen Publizist Joachim Bruhn aus Freiburg war es, Schriften des linksradikalen Parlamentarismuskritikers Johannes Agnoli, Klassiker des Rätekommunismus und Texte des „westlichen Marxismus“ verlegt zu haben. Doch der Marxismus der „Antideutschen“ selbst, der sich zuweilen den Namen „antideutsche Wertkritik“ gab, blieb hinter diesen kanonischen Werken und Einsichten, für die sich bereits die intellektuellen und wissbegierigen Teile der 68er-Generation erwärmen konnte, weit zurück. Mit Schlagworten von „subjektloser Herrschaft“ und dem Kapital als „automatischem Subjekt“ wurde die kapitalistische Produktionsweise als Kapitalismus ohne Klassenkampf und Subjekte gedacht. Das Unrecht und die Ausbeutung sollten nicht mehr „Name und Adresse“ (Bertolt Brecht) haben, sondern in unangreifbaren anonymen Strukturgesetzen zu verorten sein. Wer sich dennoch praxisorientiert auf die Suche nach Orten, Entscheidungsträgern und Verantwortlichen der herrschaftlich organisierten Ausbeutung machte, wurde wiederum des „strukturellen Antisemitismus“ geziehen.

Im Marxschen Sinne war dies ein Rückfall in kritische Kritik. Diese unter Junghegelianern anzutreffende Marotte wies sich selbst als ultrakritisches Subjekt ohne Bezug zu Praxis und realen Bewegungen aus. Bei den „Antideutschen“ konnte diese kritische Kritik den Anschein von Radikalität vorgeben bei gleichzeitig konservativer Realpolitik und ungebrochenen oder kurzzeitig verdrängten bürgerlichen Karriereambitionen. Die Scheinradikalität einer „fundamentalen Wertkritik“, die im Gegensatz zu allen anderen linken, sozialistischen oder marxistischen Kritik- und Praxisformen viel tiefer reichen würde, weil Basisstrukturen der Gesellschaft in den kritischen Fokus genommen würden, koppelte sich mit einer moralisierenden Kritik-, besser: Polemikstrategie, die stets zu dem Antisemitismusvorwurf zu greifen wusste. Als sich das neo-reformistische Bündnis zur Besteuerung der Finanzmärkte ATTAC bildete, das immerhin zu konkreten Feldern des globalen Kapitalismus arbeitete und eine globale Vernetzung anstrebte, schallte ihm natürlich der Antisemitismusvorwurf entgegen. Als sich eine spontane Bewegung die die No Global-Bewegung oder Occupy als Platzbesetzungsbewegung nach der Finanzkrise formierte, sah die antideutsche Szene reflexhaft „Antisemitismus“ am Werk. Wie eine Art Avantgarde des Antisemitismusvorwurfs gegen links erscheinen nachträglich diese „antideutschen“ Protagonisten, die lange vor der britischen Anti-Corbyn-Kampagne und der Hetze gegen Palästinasolidarische den Antisemitismusvorwurf gegen links als Herrschaftsmittel für sich entdeckt hatten. Dass ein prominenter „Antideutscher“ es zum „Antisemitismusbeauftragten“ in Berlin geschafft hat, ist wenig verwunderlich.

Die theoretisch versierten „Antideutschen“ waren und sind reichlich affirmative Erben der Kritischen Theorie, zuweilen Erbschleicher. Sie beerben das Konservative von Adorno und Horkheimer, deren Ablehnung von Revolte und linker Praxis, ihre Furcht vor spontanen Bewegungen und der Masse. Bloch und Marcuse sind wenig erstaunlich keine Bezugspunkte, diese suchten und unterstützten Elemente des Utopischen, des Aufbegehrens und der Revolte. Soziologisch betrachtet sind die meisten „Antideutschen“ kleinbürgerliche Akademiker mit geringem wirklichem Veränderungswillen bei gleichzeitigem radikalem Habitus, der sich mühelos abstreifen lässt oder opportunistisch im Sinne der herrschenden Machtverhältnisse gegen „unten“ gerichtet werden kann.

6. Im Anschlusszenario 1989/90 formierte sich die sogenannte „Radikale Linke“, sie argumentierte zwar gegen ein befürchtetes „4. Reich“ und startete eine „Nie wieder Deutschland“-Kampagne. Dies kann aber kaum als „antideutsch“ beschrieben werden, sondern radikalisierte und mixte alle bisherigen linken Weltanschauungen: Antiimperialismus, Kapitalismuskritik, Patriarchatskritik, wobei die Akteure eben die Ablehnung des Nationalismus und insbesondere des deutschen Nationalismus ins Zentrum ihrer Kritik rückten. Selbst eine wichtige Figur wie der klassenkämpferische Autor und Historiker Karl Heinz Roth war anfänglich Teil dieses Bündnisses. Als er die sozial disruptiven Folgen des Anschlusses der DDR an die BRD empirisch untersuchte und die Linke aufforderte, auf die prekärer werdende proletarische Existenzsituation zu reflektieren, wurde er von den Vordenkern der sich erst

später formierenden antideutschen Szene polemisch attackiert. Aus dem poplinken Hamburger Milieu kam in den frühen 1990er Jahren die Parole auf „Etwas besseres als die Nation“, hier überrollten besserwässerische Westlinke mit viel (west-)kulturellem Kapital eine eigenständige Ostlinke, deren Erfahrungen kaum aufgenommen wurden. Bei etlichen lokalen ostdeutschen Antifa-Gruppen kam der antinationale und antideutsche Westimport allerdings gut an. Sie befeißigten sich dann auch einer notwendigen Praxis in den „Baseballschlägerjahren“ und konfrontierten sich zuweilen militant mit den faschistischen Strukturen in den „Fünf neuen Bundesländern“. Mit prozionistischen und antikommunistischen Phrasen konnten sich diese Antifagruppen von Herkunftsfamilien und der DDR-Geschichte allgemein abgrenzen. So wie einige maoistische Gruppen der 1970er Jahre trotz hanebüchener Fehlrezeption des „Kommunismus“ in China, Kambodscha oder Albanien zu einer mutigen klassenkämpferischen Betriebspraxis fanden, so können diese „antideutschen Antifa-Gruppen“ trotz ihres ideologischen Israelbildes einen praktischen Antifaschismus der Straße für sich reklamieren.

Allerdings ging es „antideutschen“ Milieus stets um die Attacke auf linke Traditionsbestände. In einer nicht unbedeutenden Zwischenphase der „antideutschen“ Ideologie in den Nullerjahren wurde das kapitalistische Marktsubjekt, das sich flexibel den Anforderungen der Marktwirtschaft stellen würde, als positive und wünschenswerte Gegenfolie zum etatistischen Kollektivmenschen imaginiert, der auf Versorgen eines autoritären Staates tendieren würde. Damit erwies sich die „antideutsche“ Ideologie auch noch als Fleisch vom Fleische des „Freiheit“ verkündenden Neoliberalismus, wollten diesem nur die passenden pseudo-antifaschistischen Ideologien für den Überbau anbieten.

So zeigten sich die Akteure des „Antideutschtums“ als willige Vollstrecker und Ideologen der neoliberalen Ordnung und erlangten zuweilen auch Posten und Einfluss im autoritären Liberalismus der aktuellen Bundesrepublik. In einer Zeit der imperialistischen Aufrüstung Deutschlands („Zeitenwende“), in einer Zeit, in der Deutschland an der Seite der USA die Ukraine einseitig militärtechnisch und erinnerungspolitisch („Holodomor“) unterstützt und Russland in atemberaubender Geschichtsvergessenheit einen „Vernichtungskrieg“ unterstellt, in einer Zeit, in der Deutschland mit Verweis auf den Holocaust eine Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung unterstützt, die in großen Teilen der Welt als Genozid betrachtet wird, stehen „Antideutsche“ an der Seite der Herrschaft, der deutschen freilich. Die Leistungen der „Antideutschen“ sprechen für sich.

Der Autor hat 2019 die Monografie Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs beim Münsteraner Unrast Verlag veröffentlicht. Eine ausführliche Kritik an Postone findet sich in seinem Aufsatz: „Deutscher Vernichtungsantisemitismus – eine vom ‚Antikapitalismus‘ angetriebene ‚Revolte‘?“, in G. Hanloser (Hrsg.), Deutschland.Kritik (Münster: Unrast, 2015), 64–101.

Zielsetzung der Platypus Review

Überblickt man das Universum der verschiedenen Positionen und Ziele, die linke Politik heute ausmachen, so wird man den beunruhigenden Verdacht nicht los, dass sich hinter der scheinbaren Vielfalt eine grundlegende Gemeinsamkeit verbirgt: Was heute existiert, wurde auf den Trümmern dessen errichtet, was einst möglich war.

Zum Verständnis unserer Gegenwart erachten wir es für notwendig, die unüberschaubare Anhäufung von Positionen zu entwirren, um ihre Bedeutung für eine mögliche Rekonstitution emanzipatorischer Politik in der Gegenwart zu erkennen. Dafür ist es nötig zu überdenken, was eigentlich mit dem Begriff der Linken gemeint ist.

Unsere Aufgabe beginnt dort, wo wir eine grundsätzliche Desillusionierung des gegenwärtigen Zustands progressiver Politik wahrnehmen. Wir denken, dass sich diese Ernüchterung nicht einfach durch puren Willen abschütteln lässt - durch ein einfaches „Weiter so!“. Sie muss stattdessen explizit angesprochen werden und selbst als ein Objekt der Kritik zugänglich gemacht werden. Daher beginnen wir mit dem, was uns unmittelbar entgegentritt.

Die Platypus Review wird von der Einsicht motiviert, dass die Linke orientierungslos ist. Wir möchten ein Forum für ein weites Spektrum an Strömungen und Ansätzen innerhalb der Linken bieten – nicht, weil wir Inklusion und Pluralität als Selbstzweck ansehen, sondern weil wir Uneinigkeit provozieren und gemeinsame Ziele als Orte der Auseinandersetzung eröffnen wollen. Auf diesem Weg könnten die aus den alten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Anschuldigungen zum Zweck der Klärung des Objekts linker Kritik fruchtbar gemacht werden.

Die Platypus Review setzt sich zum Ziel, eine Plattform zu schaffen und zu erhalten, die eine Erforschung und Klärung von Positionen und Orientierungen, die heute innerhalb der Linken vertreten werden, möglich macht; einen Ort, an dem Fragen aufgeworfen und Diskussionen verfolgt werden können, die ansonsten nicht stattfinden würden. Solange die Beiträge eine ehrliche Bereitschaft für dieses Projekt zeigen, werden sie in unserer Diskussion berücksichtigt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Chefredakteur
Felix Kajtna

Korrektorinnen und Korrektoren

Jim Igor Kallenberg
Thuy Linh Pham
Florian Piffel
Jonas Reiber

Designer

Nora Kemken
Jakob Trescher
Theresa Wünsch

Web-Editor

Lucas Burisch

Social Media Editor

Jonas Reiber

Versand

Arthur Hoffmann

Platypus im deutschsprachigen Raum



gefördert von:



IG Philosophie
Lehramt PP

Institutsgruppe Philosophie/ Lehramt Psychologie und Philosophie der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien

In deiner Stadt gibt es noch keine Platypus-Aktivitäten? Du interessierst dich für unsere Lesekreise und Veranstaltungen in anderen Ländern? Du möchtest aus einem anderen Grund mit uns in Kontakt treten? Kein Problem, schreibe uns einfach eine E-Mail an platypusvirtual@gmail.com und wir setzen uns mit dir in Verbindung!

Richtlinien zur Einsendung von Beiträgen

Artikel in der Platypus Review haben normalerweise eine Länge von 5000–40.000 Zeichen (mit Leerzeichen), längere Beiträge können auch berücksichtigt werden. Für entsprechende Anfragen und Beiträge bitte eine Email an die.platypus.review@gmail.com senden.